

Pressekonferenz des Österreichischen Gemeindebundes

Thema:

Österreichischer Gemeindetag 2005 in Oberwart

Teilnehmer:

Bgm. Helmut Mödlhammer

(Präsident des Österreichischen Gemeindebundes)

Ort:

Cafe Landtmann, Löwelzimmer

Termin:

1. Juni 2005, 10.00 Uhr

Der Österreichische Gemeindebund bedankt sich für Ihr Kommen!

Gemeindebund fordert Masterplan für Österreichs Infrastruktur

„Stückwerk bringt uns bei Infrastruktur nicht weiter“

In den vergangenen Monaten hat zunehmend die Debatte um die Infrastruktur das politische Geschehen bestimmt. Wechselweise waren die Schließung von Postämtern, der Verkauf von Kasernen oder die beabsichtigte Schließung von Bezirksgerichten ein Thema. „Was ich in all diesen Debatten vermisst habe und heute einfordere, ist eine seriöse und umfassende Diskussion über die themenübergreifende Infrastruktur in unserem Land“, kritisiert Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer. In jedem Ressort und in jedem Land wird über Einsparungen und Rationalisierungen diskutiert, es wird aber kein ressortübergreifender Zusammenhang hergestellt. „Die Anforderungen an eine moderne Infrastruktur kann man nicht nur anhand von einzelnen Fällen oder Bereichen definieren und lösen“, so Mödlhammer. **„Es ist an der Zeit, dass endlich mit der Arbeit an einem umfassenden Masterplan für Infrastruktur begonnen wird, denn Stückwerk bringt uns bei der Infrastruktur ganz sicher nicht weiter.“** Mödlhammer fordert die **Einsetzung einer mit weitreichenden Befugnissen ausgestatteten Arbeitsgruppe für Infrastruktur, die alle relevanten Träger dieser Struktur einbindet.** Diese Arbeitsgruppe muss hochrangig besetzt sein, damit sie auch die nötigen Befugnisse hat.

Nicht ausschließlich ökonomische Kriterien

Dabei, so der Gemeindebund-Präsident, müssten die ökonomischen Kriterien zwar ein wichtiger, aber nicht der einzig relevante Punkt sein. „Man kann im ländlichen Raum nicht ausschließlich nach ökonomischen Kriterien vorgehen, ansonsten stehen wir in paar Jahren vor großen Regionen im ländlichen Raum, die völlig ausgedünnt sind und nicht einmal mehr über ein Mindestmaß an notwendigen Einrichtungen verfügen.“ Verkehr, Gesundheit, Sicherheit, Nahversorgung, Telekommunikation und viele andere Bereiche sind für die Bewohner des ländlichen Raums brandaktuelle Themen, für Unternehmen sind sie ein harter Standortfaktor. **„Wenn wir die Probleme der Infrastruktur nicht sofort angehen und lösen, dann wird das auf Dauer zu einem Wettbewerbsnachteil für die heimische Wirtschaft werden“, glaubt Mödlhammer und fügt hinzu: „Die Zeit der Lippenbekenntnisse ist vorbei, es müssen endlich Taten gesetzt werden.“**

Eine führende Rolle bei diesem Projekt soll laut Mödlhammer die Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) einnehmen. „Mit dieser Einrichtung haben wir ein Instrument zur Verfügung, das genau für diesen Zweck gegründet wurde. Sie kann die Themenführerschaft übernehmen und die notwendigen Vorbereitungen koordinieren.“ Als Basis für einen Infrastruktur-Masterplan forderte Mödlhammer von den Experten der ÖROK auch Grundlagenarbeit ein. „Auch die Politik kann sich hier nicht aus ihrer Verantwortung stehlen. Es existiert ein eigenes Ministerium für Infrastruktur, aus dem ich in den vergangenen Monaten diesbezüglich sehr wenig gehört habe“, so der Gemeindebund-Präsident.

„Die Infrastruktur-Probleme“, so Mödlhammer, „sind so drängend, dass die verantwortlichen Institutionen unter großem Zeit- und Ergebnisdruck stehen.“ Mödlhammers Forderung sei als Hilfescrei für den ländlichen Raum zu verstehen, den er mit Nachdruck in politischen Gesprächen und in der Öffentlichkeit deponiere.

Gallup-Umfrage des Gemeindebundes

Bürgermeister vertreten Interessen der Bevölkerung am besten

In einer vom Gemeindebund beauftragten Umfrage hat das renommierte Gallup-Institut im Vorfeld des Gemeindetages 2005 einige interessante Ergebnisse zu Tage gebracht. Die Umfrage erfolgte im Zeitraum vom 24. bis 27.5.2005 bei einem Sample von 500 Befragten. Befragt wurden Menschen im gesamten Bundesgebiet mit Ausnahme von Wien und den Landeshauptstädten.

„Das Ergebnis ist sensationell und bestätigt die wichtige Rolle der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in unserem Land“, so Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer. **„Unglaubliche 71 Prozent der Bevölkerung sind der Meinung, dass ihre Interessen am besten und effizientesten von ihrem Bürgermeister vertreten werden.“** Die Landespolitiker kommen hier auf einen Wert von 18 Prozent, die Bundespolitiker rangieren mit 4 Prozent weit abgeschlagen.“

Kinderbetreuung und Umwelt sind wichtigste Gemeinde-Themen

In der Gallup-Blitzumfrage ließ der Gemeindebund auch erheben, welche Aufgaben die Bürger am dringlichsten in Ihrer Gemeinde zu bewältigen sind. Extrem wichtig ist den Menschen dabei die Kinderbetreuung, sei es im Kindergarten, im Hort oder in der Schule. Unmittelbar dahinter liegt in der Prioritätenreihung der Bevölkerung schon das Setzen von Umweltmaßnahmen. An dritter Stelle folgt schon die Seniorenbetreuung, gefolgt von Infrastrukturmaßnahmen, dem Freizeit- und Kulturangebot sowie der Abwasser- und Müllentsorgung. „Hier stellt sich heraus, dass es klare Aufträge und Wünsche der Bevölkerung an die Gemeinde-Politik gibt“, so Mödlhammer. „Dieses Ergebnis ist für uns besonders wichtig, weil es unsere Position in derzeit laufenden politischen Diskussionen massiv stärkt und unterstützt“.

Bürgermeister-Amt finanziell nicht erstrebenswert

Eine deutliche Kluft zwischen der Wahrnehmung der Bevölkerung und der Realität gibt es im Bereich der Einkünfte, die Bürgermeister für ihre politische Tätigkeit beziehen. Der Gemeindebund ließ abfragen, welches Netto-Einkommen Bürgermeister laut Schätzung der Bevölkerung aus ihrer Tätigkeit beziehen. 39 Prozent schätzten diese Einkünfte auf rd. 2.000 Euro netto, erstaunliche 43 Prozent glauben, dass ihr Bürgermeister zwischen 2.000 und 4.000 Euro netto für die Ausübung seines Amtes bezieht. 15 Prozent der Menschen schätzen das Nettoeinkommen auf mehr als 4.000 Euro ein. „Diese Schätzungen gehen leider weit an der Realität vorbei“, so Mödlhammer. „4.000 Euro netto erreicht in Niederösterreich beispielsweise kein einziger Bürgermeister“. In NÖ beträgt der Brutto-Höchstbezug derzeit knapp über 6.000 Euro und den können im ganzen Bundesland auch nur höchstens 20 von 573 Bürgermeister erreichen. In NÖ beläuft sich die durchschnittliche Entschädigung eines Bürgermeisters auf 1.500 bis 2.500 Euro brutto.

Die Regelungen über die Entschädigungen für Bürgermeister sind zwar bundesländerweise leicht unterschiedlich getroffen worden, orientieren sich in den meisten Fällen aber an einem bestimmten Prozentsatz des Einkommens eines Nationalratsabgeordneten. Abhängig von der Bevölkerungszahl der Gemeinde errechnet sich dann ein Prozentwert dieses Ausgangsbetrages. Im Burgenland liegt dieser Wert beispielsweise bei 10 Prozent (=761,3 Euro) des Ausgangsbetrages bei einer Gemeindegröße von bis zu 500 Einwohnern und steigt auf 46 Prozent (=3.502 Euro) des Ausgangsbetrages bei einer Gemeindegröße von mehr als 7.000 Einwohnern.

Trotz der im Detail unterschiedlichen Regelungen der Bundesländer **liegt das tatsächliche durchschnittliche Einkommen der Bürgermeister weit unter jenem Wert, der von der Bevölkerung angenommen wird.** Weiters beziehen die österreichischen Bürgermeister – mit Ausnahme dieser Entschädigung - keinerlei Leistungen zur sozialen Absicherung. 68 Prozent der Bevölkerung geben daher folgerichtig an, dass sie nicht bereit wären, unter diesen Bedingungen das Bürgermeisteramt anzustreben. „**Wir müssen beginnen, darüber nachzudenken, ob wir dauerhaft unter diesen Bedingungen tatsächlich die besten Politiker für diese Ämter gewinnen können**“, so Mödlhammer.

Gemeinden haben an Aufgaben und Bedeutung gewonnen

Für zusätzliche Brisanz sorgt auch die Einschätzung der Bevölkerung auf die Frage, welche staatliche Ebene in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat. 41 Prozent meinen, dass vor allem die Gemeinden an zusätzlichen Aufgaben und daher an Bedeutung gewonnen haben, 40 Prozent sehen einen Aufgaben und Bedeutungszuwachs ihrer Landesebene. Nur 13 Prozent glauben, dass die Bundesebene in den letzten Jahren am stärksten gefordert wurde.

Österreichischer Gemeindetag 2005

Messestadt Oberwart als Gastgeber des 52. Gemeindetages

Der Österreichische Gemeindetag 2005 findet heuer zum insgesamt 52. Mal statt. Tagungsregion ist in diesem Jahr das Burgenland, die Hauptveranstaltung findet in der Gemeinde Oberwart im Messezentrum statt. „Der Gemeindetag ist die mit Abstand wichtigste Tagung der österreichischen Gemeinden und ihrer Bürgermeisterinnen und Bürgermeister“, betont Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer. Mehr als 1.800 Bürgermeister und hochrangige Gemeindevertreter beraten bei diesem zweitägigen Treffen in Oberwart die wichtigsten kommunalen Themen.

Die Festveranstaltung am 3. Juni in der Messehalle in Oberwart könnte kaum hochrangiger besetzt sein. Bundespräsident Dr. Heinz Fischer wird persönlich Grußworte an die Delegierten richten, als Hauptreferent konnte Wirtschaftsminister Dr. Martin Bartenstein gewonnen werden. Aus Deutschland wird der Europaminister in der Bayerischen Staatskanzlei Eberhard Sinner für ein Kurzreferat erwartet. Begrüßungs- und Abschlussredner ist traditionellerweise der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Bürgermeister Helmut Mödlhammer.

„Gerade in einem Jubiläumsjahr ist es wichtig, darauf hinzuweisen, welche Bedeutung Österreichs Gemeinden für das Staatsgebilde haben“, so Mödlhammer. „Die Gemeinden sind nicht nur das Fundament des Staates, sie haben auch den Löwenanteil am infrastrukturellen Wiederaufbau der Nachkriegszeit geleistet.“ Wirtschaftlich sei ein Konjunkturaufschwung ohne die Gemeinden nach wie vor undenkbar, die österreichischen Kommunen sind auch der größte öffentliche Investor des Landes.

„Der Österreichische Gemeindetag wird daher – wie jedes Jahr – eine wichtige und machtvolle Demonstration kommunaler Interessen sein“, so Mödlhammer abschließend.

Detailinformationen zum 52. Österreichischen Gemeindetag können Sie der Seite www.gemeindetag2005.at entnehmen.